

# Grundeinkommen – warum nicht?

Eine Erwiderung auf den Debattenbeitrag zum bedingungslosen Grundeinkommen in Hinterland #3  
Von Alexander Thal

In Hinterland #3 setzte sich Caspar Schmidt mit dem bedingungslosen Grundeinkommen auseinander. In seinem „Debattenbeitrag“ behauptet er, dass das Grundeinkommen „Rassismus und Xenophobie in ein rationales Gewand“ hüllt.

Nun lassen sich tatsächlich viele Argumente für und wider ein bedingungsloses Grundeinkommen ins Feld führen, alle mehr oder weniger stichhaltig. Sie drehen sich um die Finanzierbarkeit, die von den BefürworterInnen aufgrund der Einspareffekte als gegeben angenommen, von den KritikerInnen jedoch verneint wird, da sie eine Einkommenssteuererhöhung auf 80 % befürchten. Sie betreffen aber auch die arbeitsmarktpolitischen Folgen, insbesondere ob sich dann für Jobs mit widrigen Arbeitsbedingungen im Niedriglohnsektor noch Arbeitskräfte finden lassen. Diskutiert wird außerdem, ob die Unterschicht dann nicht den Freibrief hat, faul auf der Haut liegen zu können, oder ob nicht im Gegenteil die Unterschichtsangehörigen durch den Wegfall des Behördenerrors an Freiheit gewinnen, das zu tun, wozu sie Lust haben - ein Schritt hin zur Gleichberechtigung zwischen oben und unten.

Ein wesentlicher positiver Effekt des bedingungslosen Grundeinkommens wäre vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen in der sozialen Beratung tatsächlich der Wegfall des systemimmanenten Kontrollwahns der Sozialbehörden. Denn derzeit erhält man/frau ohne Offenlegung der persönlichen Verhältnisse keinen Cent an Unterstützung mehr. Alle sechs Monate die Prozedur der (Neu-)Antragstellung über sich ergehen lassen zu müssen, zermüht die Menschen. Aus dieser Sicht wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen, das jede/r unabhängig von Armut oder Reichtum ohne Rechtfertigungszwang erhält, eine große Bereicherung. Dagegen bleibt fraglich, was mit denen geschieht, deren Grundeinkommen bereits durch Miete, Strom- und Heizkosten aufgefressen wird. Denn gerade MigrantInnen bezahlen als Risikopersonen auf dem freien Wohnungsmarkt ungleich höhere Mieten für schlechteren Wohnraum, 600 Euro Kaltmiete für ein Ein-Zimmer-Appartement sind da keine Ausnahme. Sollten jene keine weitere Unterstützung für ihren Lebensunterhalt erhalten, kommen sie vom Regen in die Traufe. Ist diese Gewährung wieder an kontrollintensive Antragsverfahren gebunden, ist letztlich nichts gewonnen.

## Der Nationalstaat ist das Problem

Doch Caspar Schmidts Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen verfehlt meines Erachtens völlig ihr Ziel, da sie sich nicht auf das Grundeinkommen richtet, sondern auf ein fragwürdiges Verhältnis zwischen Grundeinkommen und Migration. Damit bringt er aber zwei unterschiedliche Ebenen durcheinander und erteilt so einem unter Umständen brauchbaren Vorschlag generell eine Absage. Denn dass die Idee des Grundeinkommens auf dem Vorhandensein einer politischen Einheit basiert und Nichtzugehörige ausschließt, ist nicht das Problem dieses sozialpolitischen Entwurfs. Es ist das Grundproblem aller heutigen Nationalstaaten, die bekanntlich die Welt unter sich aufgeteilt haben.

Dieses Grundproblem wird schon in der französischen Menschenrechtserklärung von 1797 deutlich. Sie wurde nach der französischen Revolution verfasst, um die Rechte der französischen BürgerInnen auf Selbstbestimmung zu legitimieren und die bis dahin als gottgegeben angesehene Macht des Königs zu delegitimieren. Entsprechend heißt sie „*Déclaration des droits de l'homme et du citoyen*“, übersetzt: Die Rechte des Menschen und des Bürgers. Hier ging es nicht um allgemein gültige Rechte aller Menschen überall auf der Welt, sondern um die Rechte, die der französische Staat seinen Bürgern (die Rechte der Bürgerinnen wurden damals weder öffentlich diskutiert noch deklariert) als Menschen zugestehen musste. Dieser Konstruktionsfehler, der allen Nationalstaaten zugrunde liegt, führt überall auf der Welt zu dem Problem, dass irgendwer irgendwann definieren muss, wer denn nun die deutschen, französischen, russischen, togoischen ... BürgerInnen sind. Daraus entstehen verschiedene Modelle, die auf Blut und Boden, Zustimmung zu bestimmten Idealen oder schlicht auf Antrag basieren.

Deutschland mit seiner langen Blut und Boden-Tradition tut sich hier besonders schwer, wie im vergangenen Herbst bei der Debatte um ein Bleiberecht für langjährig in Deutschland lebende Geduldete deutlich wurde. Denn wirklich dazugehören tut nur, wer als Deutsche/r in Deutschland geboren wurde, die anderen sind draußen. Dazwischen gibt es einen großen

Bereich, der mit dem Zuwanderungsgesetz verreguliert wurde, den man als den systemimmanenten Dauerausnahmestand bezeichnen könnte. Denn viele Menschen leben hier, als würden sie zur politischen Einheit gehören, obwohl sie draußen sind. Die Flüchtlingslager sind nur der Ort, an denen dieses drinnen im Draußen, bzw. draußen im Drinnen besonders deutlich wird.

#### Rassismus statt Grundeinkommen crushen!

Dieses draußen-im-Drinnen-Sein anhand von rassistischen und xenophoben Kriterien durchzieht alle Politikbereiche, von der Wirtschafts-, über die Arbeits-, die Finanz-, die Justiz-, die Verteidigungs- und auch die Sozialpolitik. Den BefürworterInnen des bedingungslosen Grundeinkommens diesen historischen Konstruktionsfehler vorzuwerfen, ist zwar nicht völlig abzulehnen, die sollen sich damit ruhig beschäftigen. Aber selbst die beste Grundeinkommensregelung ist nicht dazu in der Lage, diesen Konstruktionsfehler der Nationalstaaten zu beheben. Und mit dem Totschlagsargument des Rassismus lässt sich selbst die bestehende Sozialgesetzgebung abschaffen.

Sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen finanzierbar sein, würde ich seine Einführung sehr befürworten. Denn nicht nur viele Deutsche würden davon profitieren, auch viele MigrantInnen, die bislang Sozialhilfe, Hartz IV, Rentengrundsicherung, Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen bezogen haben, kämen in seinen Genuss. Dennoch dürfen wir mit unseren Bemühungen nicht nachlassen, rassistisch und xenophob motivierte Ausgrenzungen von Menschen zu beenden. Deshalb wäre es auch sinnvoller, seine Zeit nicht damit zu verschwenden, Internet-Threads zum Grundeinkommen zu crushen. Wesentlich wichtiger wäre es, die Diskussionsthreads rund um Nationalstaat, Nationalismus, Rassismus und Xenophobie zu crushen. Und die finden nicht auf den Internetseiten zum Grundeinkommen statt, sondern innerhalb der politischen Parteien und in den Ministerien, insbesondere in den Innenministerien. Nur dort kann der permanente Ausnahmestand des draußen-im-Drinnen-Seins geändert und für eine Gleichbehandlung aller Menschen gesorgt werden, unabhängig davon, wo auf dem Planeten Erde sie geboren oder welchen Pass sie mit sich herumzutragen gezwungen sind. <

## Caspars letztes Wort:



### Gegen den Franzos ist eben kein Kraut gewachsen, Herr Thal.

*Ihr Demontageversuch meiner einwanderungsfreundlichen Analyse weist erhebliche Mängel auf. Sie behaupten, Nationalität und Sozialpolitik fänden auf unterschiedlichen Ebenen statt und ich brächte diese Ebenen durcheinander. Sie verweisen hierbei auf die Franzosen, welche anno 1779 den nationalistischen Boden bestellt hätten und nun bliebe den Architekten des Grundeinkommens nichts anderes, als ihre Ideen auf dem vorgegebenen Acker anzubauen. Von der Darstellung des einseitigen Wirkungszusammenhangs versprechen Sie sich, dass der geneigte Leser zwischen dem bösen Nationalismus und dem guten Grundeinkommen unterscheidet.*

*Sie vergessen dabei, dass die Nation selbst durchaus eine sozialpolitische Idee ist. Die Trennschärfe und Wirkungsrichtung zwischen Nation und Sozialpolitik ist gar nicht so klar, wie es nötig wäre, um Ihre Argumentation gangbar zu machen. Im Gegenteil, Nationalstaatendünkel und Sozialpolitik sind eng miteinander verwoben und wirken in viele Richtungen. Eine Sozialpolitik, welche die Staatsbürgerschaft als alleinige Grundlage annimmt, wie es das Konzept vom bedingungslosen Grundeinkommen vorsieht, manifestiert nationalistische Strukturen und erschwert deren Auflösung fundamental.*

*Das Konzept wird in seiner Gestalt praktisch selbst Teil des nationalistischen Wesens und hält dieses am Leben.*

*Weiter schreiben Sie, mit dem "Totschlagsargument Rassismus" ließe sich sogar die jetztige Sozialgesetzgebung abschaffen. Ja Herr Thal, schön wäre es. Ich halte die Sozialgesetzgebung für Murx. Sie vermag die soziale Schieflage nicht annähernd auszugleichen und verschleiert unnötig den klaren Blick auf die verursachenden Faktoren, die überhaupt zu dieser Schieflage führten und täglich wieder führen. <*